

***Renate Geuter**, Mitglied in der SPD Fraktion des Niedersächsischen Landtags, finanz- und haushaltspolitische Sprecherin, Mitglied im Ausschuss für Haushalt und Finanzen, im Unterausschuss Rechnungsprüfung und im Ausschuss für den ländlichen Raum, Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz.*

## **Newsletter 01/2009**

Liebe Genossinnen und Genossen, liebe Interessierte, das Superwahljahr 2009 ist nun schon einen Monat alt. Die Finanz- und Wirtschaftskrise und die Versuche, deren Folgen einzudämmen, werden uns sicher noch lange in Atem halten. Ich hoffe, ihr/Sie habt/haben das neue Jahr gut beginnen können und seid/sind guter Dinge, um engagiert die Ereignisse zu verfolgen bzw. Einfluss zu nehmen, auf welcher Ebene auch immer. Ich wünsche uns allen ein zufriedenes und erfolgreiches Jahr 2009, in dem wir mit gemeinsamer Arbeit viele unserer Ziele realisieren können.

Für Hinweise, kritische Anmerkungen und weitere Anregungen bin ich natürlich sehr dankbar. Falls einer von euch/Ihnen diesen Newsletter zukünftig nicht mehr erhalten möchte, bitte ich um Mitteilung, ebenso natürlich auch, wenn wir bei der Verteilung des Newsletters bisher interessierte Personen noch vergessen haben.

Bei meiner politischen Arbeit bin ich darauf angewiesen, von euch/Ihnen über die konkreten Auswirkungen landespolitischer Entscheidungen vor Ort informiert zu werden. Von daher möchte ich euch/Sie alle recht herzlich um Informationen darüber bitten, wo es eurer/Ihrer Meinung nach noch Handlungsbedarf auf Landesebene gibt oder wo landesrechtliche Regelungen vor Ort zu problematischen Situationen führen.

Eure/Ihre  
*Renate Geuter*

### **Tag der offenen Tür im Niedersächsischen Landtag am 07. März 2009**

**am Sonnabend, 07. März 2009 findet der Tag der offenen Tür im Niedersächsischen Landtag in Hannover, Hinrich-Wilhelm-Kopf-Platz 1, statt.**

Ich würde mich freuen, wenn möglichst viele Genossinnen und Genossen sowie Interessierte diese Möglichkeit wahrnehmen, den Landtag von innen kennenzulernen. Auch für Nichtmitglieder ein guter Anlass, über diesen Weg die Landtagspolitik „zu beschnuppern“.

Wer Interesse hat, an diesem Tag nach Hannover zu fahren, melde sich doch bitte per E-Mail [spd.renategeuter@ewetel.net](mailto:spd.renategeuter@ewetel.net) oder unter 04491/4664, damit bei ausreichender Teilnehmerzahl über mein Wahlkreisbüro in Friesoythe ein Bus organisiert werden kann.

## Aus Hannover

### **Konjunkturpaket II**

Im Rahmen der Finanz- und Wirtschaftskrise wurde Ende Januar im Bundestag das Konjunkturpaket II geschnürt u.a. mit dem Ziel, einen Rückgang bei der Auftragslage der klein- und mittelständischen Wirtschaft abzufedern. Als Teil des Konjunkturpaketes II werden über ein kommunales Investitionsprogramm den Kommunen und Landkreisen Mittel für zusätzliche Investitionen zur Verfügung stehen. In Niedersachsen sollen diese Mittel über einen Nachtragshaushaltsplan, der bereits im Plenum Ende Februar beschlossen werden soll, zur Verfügung gestellt werden.

Für das Land Niedersachsen ist ein insgesamt ein Betrag von 1.227 Mio. Euro vorgesehen, davon beträgt der Bundesanteil 920 Mio. Euro, der Landesanteil 307 Mio. Euro. Die Landesregierung plant, dass ein Betrag von 450 Mio. Euro als Pauschale an die Kommunen (auf der Grundlage des Kommunalen Finanzausgleichs) verteilt werden sollen. Die Kommunen sind frei, diese zusätzlichen Mittel in Eigenverantwortung zu verteilen (im Rahmen der Vorgaben der bundesrechtlichen Regelungen). Es muss sich allerdings um zusätzliche Investitionen handeln, d. h. es müssen Maßnahmen sein, die bisher nicht veranschlagt oder bisher nicht vorgesehen waren (wenn es noch keinen Haushalt 2009 gibt).

Nicht gefördert werden Straßenbau (außer Lärmschutz) und alle Maßnahmen, die grundsätzlich auch über Gebühren finanziert werden (z.B. Abwasser). Zu den pauschalen Mitteln kommt noch ein Anteil des Landes von 30 Mio. Euro, damit sollen - so die Aussage der Landesregierung - die Kommunen unterstützt werden, die sonst ihren Eigenanteil nicht aufbringen könnten.

Darüber hinaus wird das Land noch Mittel an die Kommunen in vier Förderschwerpunkten verteilen:

1. Schulinfrastruktur 150 Mio. Euro (Betrag kann noch geringfügig gekürzt werden) - 10 % kommunale Kofinanzierung, 15 % Land)
2. Breitbandverkabelung (geht überwiegend über das Landwirtschaftsministerium) 37,5 Mio. Euro - Kofinanzierung und Bedingungen sind noch völlig offen
3. Sportstättenförderung 37,5 Mio. Euro - kommunale Kofinanzierung 20 %, Land 5 %
4. Krankenhäuser 37,5 Mio. Euro Kofinanzierung 10 % durch die Kommunen, 15 % Land

50 % der zugewiesenen Mittel müssen in 2009 kassenwirksam werden.

Einen Betrag von ca. 207 Mio. Euro wird das Land für eigene Aufgaben einsetzen, darunter ca. 150 Mio. Euro für die Sanierung von Universitäten und ca. 57 Mio. Euro für Sondermaßnahmen (Wahlgeschenke des Ministerpräsidenten Wulff - z.B. Emslandhalle in Lingen).

Der Haushaltsausschuss wird am kommenden Mittwoch den Nachtragshaushaltsplan in erster Lesung beraten, bis dahin sollen auch statistisch korrekte Zahlen vorliegen, welche Beträge auf die einzelne Kommune, bzw. auf den einzelnen Landkreis entfallen.

Die oben angegebenen Zahlen und Daten können sich noch geringfügig ändern, weil alles noch unter dem Vorbehalt der Kabinettsentscheidung am 03.02.2008 steht.

### **Unterrichtsversorgung mangelhaft**

Die SPD-Fraktion im niedersächsischen Landtag hat für die nächste Sitzung des Kultusausschusses eine Unterrichtung des Kultusministeriums zur aktuellen mangelhaften Unterrichtsversorgung beantragt. Auf der Sitzung des Kultusausschusses am 13. Februar soll sich Ministerin Heister-Neumann konkret zur Unterrichtsversorgung äußern und ein Konzept zur Sicherung der Unterrichtsversorgung vorstellen. „Ich erwarte Fakten und Aussagen, unter anderem wie viele zusätzliche Stellen notwendig sind, um die mangelhafte Unterrichtsversorgung zu beheben“, sagt Frauke Heiligenstadt, schulpolitische Sprecherin der SPD-Fraktion. Die Ministerin agiere plan- und konzeptlos und das Ministerium habe nicht genügend Stellen für die Baustelle „Zurückzahlung des Arbeitszeitkontos“ in ihrem Haushalt, so die SPD-Abgeordnete. Heiligenstadt erinnert in dem Zusammenhang daran, für den Ausgleich der Mehrheit im Haushaltsantrag der SPD-Fraktion auskömmliche Stellen zur Verfügung gestellt zu haben. Die Mehrheitsfraktionen hätten diesen wider besseren Wissens jedoch abgelehnt. Die aktuellen Anträge von Lehrkräften auf Teilzeitarbeit zudem nicht zu bearbeiten, hätten nach dem Hickhack bei der Zurückzahlung des Arbeitszeitkontos einen weiteren Vertrauensverlust seitens der Lehrkräfte zur Folge. „Wir brauchen motivierte und engagierte Lehrkräfte für unsere Schüler und Schülerinnen. Problemsituationen wie zum Beispiel Lehrermangel kann man nur im Konsens mit den Lehrkräften regeln und nicht mit Zwang.“, sagte Heiligenstadt erneut.

### **Kommunaler Anteil beim Ausbau von Krippenplätzen höher als geplant**

Bekanntermaßen soll bis zum Jahre 2013 für 35 % der Kinder unter drei Jahren ein Betreuungsangebot zur Verfügung stehen. Demnach wären in Niedersachsen rd. 62.000 Plätze entweder in Krippen oder durch Tagesmütter/-väter vorzuhalten. Um dieses Ziel zu erreichen, müssen innerhalb der nächsten Jahre rd. 29.000 Krippenplätze und rund 16.500 Tagespflegeplätze geschaffen werden. Die Finanzierung soll nach Abzug des Elternanteiles von 25 % bis zum 31.07.2012 nach Abzug des Bundesanteils je zur Hälfte vom Land und den Kommunen getragen werden. Ab dem 01.08.2012 tragen die Kommunen 39 %, danach ein Drittel. Soweit so gut, doch nun zeigen sich einige Probleme, denn erstens ist nicht genau definiert, ob auch die Betreuungsplätze, die vor dem 18.10.2007 existierten, auch so oder geringer wie bisher mit 20 % des Personalkostenanteils gefördert werden. Nach den neuesten Aussagen der Landesregierung sollen jetzt doch auch die vor dem 18.10.2007 existierenden Betreuungsplätze höher gefördert werden. Unklar bleibt dann aber, ob das schon in den dafür vorgesehenen Haushaltsmitteln einkalkuliert wurde oder ob die Landesregierung einfach den Landesanteil senken will, um hier das Defizit auszugleichen. Wichtig ist, dass schnell Klarheit geschaffen wird, wie hoch der Anteil der Eltern und der Anteil der Kommunen zukünftig sein wird, damit alle Beteiligten Planungssicherheit bekommen.

### **Endlich glücklichere Hühner auch in Niedersachsen**

„Was lange währt, wird hoffentlich endlich gut“, stellt die agrarpolitische Sprecherin der SPD-Landtagsfraktion Karin Stief-Kreihe fest. Sie begrüßt die heutige Ankündigung des Landwirtschaftsministeriums, dass der Ehlen-Erlass zurückgenommen werde. Seit Sommer 2008 war dem Landwirtschaftsminister Ehlen

klar, dass sein Erlass rechtswidrig war. Von allen Seiten hatte es Kritik gehagelt: Der Gesetzgebungs- und Beratungsdienst des Landes hatte den Erlass für rechtswidrig erklärt und der Staatssekretär des Bundeslandwirtschaftsministeriums, Herr Lindemann, hatte versucht den Ministerpräsidenten Wulff davon zu überzeugen, dass auch der Bund den Erlass für rechtswidrig hält. Der Alleingang Ehlers hatte zudem die anderen Bundesländer verärgert und schon zu Debatten in den jeweiligen Landesparlamenten geführt. »Minister Ehlers hat lange Zeit bewusst alle fachlichen und juristischen Ermahnungen ignoriert«, kritisiert Stief-Kreihel. »Ich freue mich aber, dass unsere Hoffnung auf seine Einsicht endlich erfüllt wird. Traurig, dass dafür erst der öffentliche Druck so massiv werden musste.

Allerdings bestünden noch offene Fragen bezüglich des weiter bestehenden Bestandsschutzes, der für alle Ställe aufrecht erhalten bleibe, die auf der Basis eines rechtswidrigen Erlasses genehmigt wurden. Das verärgert insbesondere Geflügelhalter, die sich an die Bundesverordnung gehalten und ihre Ställe auf Kleingruppenhaltung umgestellt haben, jetzt allerdings finanzielle Nachteile erleiden.

### **Keine halben Sachen: Vollständiges Bildungsangebot für alle Schülerinnen und Schüler ermöglichen**

Der demografische Wandel schlägt sich in sinkenden Schülerzahlen nieder. Besonders betroffen dabei sind Bildungsgänge der Sekundarstufe I, die keine Abituroption anbieten: Haupt- und Realschulen. Schulen mit Abituroption, dazu zählen Gymnasien und Gesamtschulen, dagegen verzeichnen Zuwächse. Hinzu kommen die veränderten Anforderungen der Eltern in der Anwahl der Schulformen für ihre Kinder. Favorisiert wird in zunehmendem Maße die Wahl von Schulen mit Abituroption. Diesen Anforderungen muss sich auch Niedersachsen stellen. Die niedersächsische Landesregierung hat aber bislang hartnäckig diese veränderten Rahmenbedingungen ignoriert und versucht nun, mit einem halbherzigen Vorstoß einer »verstärkten Zusammenarbeit von Haupt- und Realschulen« den Druck der Öffentlichkeit ein wenig abzumildern. Auch der Versuch, das Neueinrichtungsverbot von Gesamtschulen zu lockern, geht in die falsche Richtung, da zugleich zusätzliche Hürden aufgebaut wurden.

Eine Neugestaltung des allgemeinbildenden weiterführenden Schulwesens ist nach Ansicht der SPD-Landtagsfraktion jedoch unabweisbar. Im Mittelpunkt stehen dabei Fragen der Leistungsfähigkeit und Bildungsgerechtigkeit sowie der bedarfsgerechten Anpassung von Strukturen. Dies kann in Niedersachsen ohne Verwerfungen in der Bildungslandschaft und im kommunalen Konsens möglich werden. Bestehende Schulstandorte müssen sich regional angepasst zu Gesamtschulen weiterentwickeln können und damit neben dem Gymnasium ein Angebot vorhalten, in dem alle Abschlüsse möglich sind. Für uns ist eine Gesamtschule die »Gemeinsame Schule«.

„Wir fordern deshalb Gesamtschulen ohne Wenn und Aber, das heißt: die Abschaffung der Fünfüzigkeit bei der Neueinrichtung von Gesamtschulen und die bessere Ausstattung als Ganztagschule“, so die bildungspolitische Sprecherin der SPD Frauke Heiligenstadt.

### **Geuter: Mindestlohn in der Pflege darf nicht an Niedersachsen scheitern**

„Ich begrüße außerordentlich, dass durch den Beschluss des Bundestages im Rahmen des Arbeitnehmerentwengesetzes die Pflegekräfte zukünftig vor Dumpinglöhnen geschützt werden sollen. Dies war auch eine zentrale Forderung der Wohlfahrtsverbände. Der Caritasverband hat im vergangenen Jahr eindrucksvoll mit

seiner Kampagne „Pflegealarm“ verdeutlicht, dass „Niedersachsen in der Altenpflege das Schlusslicht der westdeutschen Länder“ ist. In Niedersachsen wurde die tarifliche Bezahlung der Pflegekräfte durch die Nichtanerkennung der Pflegekassen kolportiert, daher konnten nicht tarifgebundene Träger von Altenhilfeeinrichtungen mit Dumpinglöhnen einen ungleichen Wettbewerb führen“, so die SPD-Landtagsabgeordnete Renate Geuter. Dass nun der designierte niedersächsische FDP-Wirtschaftsminister Dr. Philipp Rösler die niedersächsische CDU zwingen will, die Änderungen im Arbeitnehmerentendengesetz für einen Mindestlohn auch in der Pflege im Bundesrat zu kippen, sei ein Schlag in das Gesicht der Wohlfahrtsverbände, wie die Caritas, und aller in der Pflege arbeitenden Menschen, die jeden Tag einen sowohl physisch wie psychisch schweren Dienst für die Pflegebedürftigen leisten. Schon im Wirtschaftsausschuss des Nds. Landtages hat sich die CDU dem Druck der FDP gebeugt und gegen einen Antrag, der die Landesregierung zur Zustimmung zur Einführung eines Mindestlohnes in der Pflege im Arbeitnehmerentendengesetz auffordert, gestimmt.

„Es ist unredlich, sich in Pflegeheimen werbewirksam ablichten zu lassen und auf der anderen Seite nun zu versuchen, diesen für die Pflegekräfte so wichtigen Schutz vor Dumpinglöhnen zu verhindern“, mahnt Geuter. Es sei zynisch, dass man als Begründung dafür die Tarifautonomie heranziehe, denn in den vergangenen Jahren wurde gerade in Niedersachsen in den Gremien der Pflegekassen, in denen auch Regierungsvertreter sitzen, dafür gesorgt, dass Tarifverträge oder Richtlinienverträge in den Pflegesätzen nicht berücksichtigt wurden. Damit sind die Träger tarifgebundener Einrichtungen in wirtschaftliche Nöte getrieben worden. „Ich erwarte daher von allen, die im letzten Jahr auch hier in der Region öffentlich ihr Verständnis für die Pflegekampagne der Caritas geäußert haben, dass sie ihren Ministerpräsidenten dazu auffordern, den Mindestlohn in der Pflege im Bundesrat nicht scheitern zu lassen“ so Geuter.

### Aus der Region

#### **Wie sollen Anlieger vor Lärmbelastung eines erhöhten Bahngüterverkehrs geschützt werden?**

*Landkreis Oldenburg/Landkreis Cloppenburg.* Eine vom Niedersächsischen Wirtschaftsministerium in Auftrag gegebene Studie zeigt in Bezug auf die Hinterlandanbindung für den Jade-Weser-Port Möglichkeiten für kurzfristige Maßnahmen zur Schaffung von Schieneninfrastrukturkapazitäten auf. Die Studie beinhaltet ebenfalls ein Konzept für eine langfristige Entwicklung der erforderlichen Abfuhrkapazitäten. Zur Entlastung des Knotens Bremen empfiehlt das Gutachten des Deutschen Zentrums für Luft- und Raumfahrt in Braunschweig (DLR) nachdrücklich eine „Kapazitätserweiterung“ auf der Schiene über die Strecke Oldenburg – Cloppenburg – Osnabrück, „wodurch beispielsweise die Gemeinden Großenkneten und Sandkrug im Landkreis Oldenburg sowie die Stadt Cloppenburg und die Gemeinde Essen im Landkreis Cloppenburg massiv betroffen sind“, so die beiden hiesigen SPD Landtagsabgeordneten Renate Geuter und Axel Brammer. In der ersten Stufe (Umsetzung bereits ab dem Jahre 2009) hält das Gutachten eine Aufstockung des Güterverkehrs um 15 Güterzüge (600 m Länge) pro Tag ohne weitere Ausbaurkosten für möglich. In einer zweiten Stufe wird mit entsprechenden Ausbaumaßnahmen eine weitere Aufstockung um 43 Güterzüge (700 m Länge) auf insgesamt 58 Güterzüge pro Tag sowie eine Elektrifizierung bis zum Jahre 2015 empfohlen. Die von dem DLR-Gutachten empfohlene Kapazitätserweiterung um 58

Güterzüge pro Tag würde demnach zu einer Verdreifachung des Güterverkehrs auf dieser Strecke führen. „Da die Schienenstrecke mehrere Hauptverkehrsstraßen durchschneidet, entstehen bereits heute erhebliche beeinträchtigende Folgewirkungen für den Straßenverkehr, die bei der vorgeschlagenen Ausweitung des Güterverkehrs noch deutlich ansteigen“, so Renate Geuter. „Viele Wohnbaugebiete der anliegenden Städte und Gemeinden sind in den letzten Jahren – ohne dass ein Widerspruch der Deutschen Bahn AG erfolgt ist – in unmittelbarer Nähe der Gleisanlagen entstanden. Während der Bauleitplanverfahren gab es auch von Seiten der Bahn keinerlei Hinweis darauf, dass zukünftig mit einer deutlich höheren Verkehrsfrequenz auf der Bahnlinie Oldenburg-Osnabrück zu rechnen ist“, ergänzt Axel Brammer.

Die beiden SPD Landtagsabgeordneten Renate Geuter und Axel Brammer wollten von der Niedersächsische Landesregierung wissen: 1. Teilt die Landesregierung die in dem DLR-Gutachten vertretene Ansicht, dass eine Kapazitätserweiterung auf der Strecke Oldenburg – Cloppenburg - Osnabrück um 15 Güterzüge pro Tag schon ab 2009 ohne weitere Ausbaurkosten möglich ist und mit welchen Auswirkungen auf die derzeitige Verkehrssituation ist dabei zu rechnen? 2. Wann ist mit einer Entscheidung darüber zu rechnen, welche im DLR-Gutachten vorgeschlagenen Maßnahmen zur Kapazitätserweiterung auf der Schienenstrecke Oldenburg - Cloppenburg - Osnabrück tatsächlich realisiert werden sollen und von welchen Voraussetzungen hängt diese Entscheidung ab? 3. Welche Maßnahmen sind von dem im DLR-Abschlussbericht genannten Ausbauraufwand von 26 Mio. Euro erfasst und in welchem Umfang sind in diesem Zusammenhang auch Maßnahmen zum Schutz der anwohnenden Bevölkerung (Lärmschutz) vorgesehen?

Im Januar-Plenum des Niedersächsischen Landtages kam dann die Antwort, die durch ihre Offenheit überraschte:

### **Kein Geld für Lärmschutzmaßnahmen eingeplant**

*Landkreis Oldenburg/Landkreis Cloppenburg.* „Der Hinterlandtransport für den Jade-Weser-Port kann ohne große Anstrengungen besonders beim Ausbau der Schienenverkehrswege nicht funktionieren“. Das ist die zentrale Aussage der Antwort der Niedersächsischen Landesregierung auf die Anfrage der SPD-Landtagsabgeordneten Renate Geuter und Axel Brammer bezüglich des in einem Gutachten des Deutschen Zentrums für Luft- und Raumfahrt avisierten drastischen Anstieges des Güterbahnverkehrs auf der Strecke Oldenburg – Cloppenburg – Osnabrück und die Folgen für die Anlieger insbesondere in den Gemeinden Großenkneten und Sandkrug des Landkreises Oldenburg sowie der Stadt Cloppenburg und der Gemeinde Essen des Landkreises Cloppenburg. „Die Antwort der Landesregierung zeigt deutlich, dass erstens die betroffenen an der Strecke Oldenburg – Cloppenburg – Osnabrück liegenden Gemeinden und deren Bewohnerinnen und Bewohner mit erheblichen Belastungen rechnen müssen und dass zweitens bis dato kein Cent für Lärmschutzmaßnahmen vorgesehen ist. Für diese Offenheit danken wir der Landesregierung“, so die SPD Landtagsabgeordneten Renate Geuter und Axel Brammer.

Mit der Antwort widerspreche die Landesregierung auch den Äußerungen von Karl-Heinz Bley, der die Auffassung vertritt, dass der Güterzugverkehr nicht stark ansteigen werde. Die Landesregierung hingegen sei der Überzeugung, dass unter anderem die Verbindung Oldenburg – Cloppenburg – Osnabrück einbezogen werden müsse, die im Containertransport bisher keine Rolle spielte. Ebenso sei sich die

Landesregierung bewusst, dass zusätzliche Belastungen für die Anlieger und übrigen Verkehrsteilnehmer durch zum Teil deutliche höhere Zugzahlen nicht ausgeschlossen werden können. Die Auffassung des Gutachtens, dass eine zusätzliche Aufstockung des Güterverkehrs um bis zu 15 Züge mit 600 m Länge ohne Ausbaumaßnahmen oder Beeinträchtigung des Schienenpersonennahverkehrs möglich sei, werde von der Landesregierung sogar geteilt. Die Gestaltung der konkreten Ausbauplanungen, um mehr Güterzüge aufzunehmen, hänge von der tatsächlichen Verkehrsentwicklung ab. Dabei handele es sich um eine Bundesangelegenheit. Bei der Kostenschätzung von 26 Mio € für Ausbaumaßnahmen sind keinerlei Lärmschutzmaßnahmen für die Anlieger vorgesehen, sondern in der Summe seien ausschließlich die Verlängerung von Gleisen und die Errichtung zusätzlicher Kreuzungsbahnhöfe enthalten. Die Antwort der Landesregierung zeige deutlich, wie notwendig es gewesen sei, dass anliegende Kommunen bzw. Landkreise unverzüglich nach Bekanntgabe des Gutachtens auf die möglichen Probleme hingewiesen hätten. „Die Landesregierung darf sich jetzt auch nicht zurücklehnen und ausschließlich auf die Zuständigkeit des Bundes und der DB Netz AG verweisen, sie bleibt in der Verantwortung, gemeinsam mit allen Beteiligten Lösungsvorschläge zu erarbeiten“, so Geuter und Brammer.

Liebe Genossinnen und Genossen, liebe politisch Interessierte, wenn ihr/Sie zu diesen oder anderen landespolitischen Themen noch Fragen habt, bitte ich euch/Sie um Mitteilung. Auch auf meiner Homepage [www.renategeuter.de](http://www.renategeuter.de) findet ihr/Sie interessante Informationen.

Eure

*Renate Geuter*